

Feinden. Was Israel nicht gelang, die PLO auszuschalten, schienen jetzt die Palästinenser untereinander erfolgreich zuwege bringen zu wollen.

In der Bekaa-Ebene kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen Palästinensern, die in Beirut noch Seite an Seite gekämpft hatten. Es gab Tote und Verletzte. Neunzig Minuten lang beschossen sich die im Streit um Arafats Führerschaft entzweiten Fatah-Krieger mit Artillerie und Granatwerfern. Die Syrieriegelten die Straßen zum Kampfplatz ab, griffen in die Auseinandersetzungen aber nicht ein.

Doch der angeschlagene Palästinenserführer – „Er sah aus, als habe er sich 14 Tage nicht gewaschen“, sagte ein Augenzeuge – zeigte sich der schweren Stunde wieder mal gewachsen. Er hatte sich schon tags zuvor abgesetzt. Der Mann mit dem Kopftuch und der Pistole an der Seite, weltweit als „Mister Palestine“ zur Symbolfigur der nationalen Hoffnungen seines Volkes geworden, wollte an jener Front kämpfen, wo ihm Erfolge am aussichtsreichsten schienen: in den Regierungspalästen wohlgesinnter Staatsführer.

Dem Ober-Palästinenser kam es darauf an, den Abtrünnigen und den Zweiflern in den eigenen Reihen zu beweisen, wie hoch sein internationaler Marktwert wirklich noch ist. Binnen zehn Tagen versicherten in Bukarest, Algier, Dschidda, Neu-Delhi, Aden, Sana, Bagdad und der Katar-Hauptstadt Doha sowie in Kuwait und Bahrein die Regierenden den Gast ihres ungebrochenen Wohlwollens und ihrer Hilfe.

KPDsU-Generalsekretär Andropow und Schadli Klibi, Generalsekretär der Arabischen Liga, sprachen sich für Arafat als PLO-Führer aus. Besonders herzlich gab sich Saudi-König Fahd gegenüber seinem abgehetzten Gast. Er suchte ihn persönlich in seinem Quartier im Gästehaus der Regierung in Dschidda auf und holte ihn zur Einweihung des erweiterten militärischen Flugplatzes.

„Wir sind glücklich, Jassir Arafat bei uns zu haben, auf den wir so große Hoffnungen setzen“, sagte er. „Mögen wir uns in Jerusalem wiedersehen, so Gott will“, bedankte sich Arafat gerührt.

Der Saudi-König hatte politische Gründe, seine Verbundenheit mit Arafat so nachdrücklich zur Schau zu stellen. Schließlich gibt er der Palästinenserorganisation das meiste Geld, damit die sich um den Kampf gegen den zionistischen Feind kümmert und nicht etwa Unruhe in dem verwundbaren Ölreich stiftet.

Fiele Arafat dem PLO-internen Zwist zum Opfer, würde er mit Sicherheit durch einen Mann ersetzt, der den radikalen Palästinensern nahesteht. Die Gefahr unberechenbarer Entwicklungen wäre groß.

Um wieder Ruhe ins arabische Lager zu bringen, empfangen die Saudis sogar



Miami News

Libyens Sozialisten Gaddafi in allen Ehren, einen Mann, der ihnen zutiefst zuwider ist. Jetzt aber wollten sie ihn von seinem Anti-Arafat-Kurs abbringen, damit die Fatah-Rebellen nicht weiter auf seine Unterstützung rechnen können.

Den Libyer, wie auch die anderen arabischen Führer, köderten die Saudis mit dem Projekt einer arabischen Gipfelkonferenz, auf der die Grundlinien einer gemeinsamen Nahost-Politik festgelegt werden sollen. Arafat durfte als erster diesen Plan verkünden.

Wenn es um einen Gipfel geht, müssen natürlich kleinliche Machtkämpfe zurückstehen. Kontinuität ist gefragt. Für Algeriens Präsidenten Bendschedid Schadli war Kontinuität an der Spitze der PLO sogar so wichtig, daß er auf dem Weg zur OAU-Konferenz nach Addis Abeba einen Abstecher nach Damaskus machte, um dort für Arafat zu sprechen. Denn von allen arabischen Staatsmännern hätte allein Syriens Präsident Assad die Möglichkeit, die Meuterei in der Fatah sofort zu unterbinden, da sie auf dem Territorium stattfindet, das von seinen Truppen kontrolliert wird.

Doch Assad, alter Intimfeind Arafats, erstrebt selbst die vollständige Kontrolle der PLO und heizte zunächst die Meuterei an. Durch den Zwist in der bisher nach außen relativ geschlossenen Fatah kommt er seinem Ziel beträchtlich näher. Dennoch konnte er seinem algerischen Amtsbruder, dem Führer eines Staates, den Syrien in der Front der Hardliner zum Kampf gegen den Erzfeind Israel braucht, nicht rundheraus eine Abfuhr erteilen.

Schwerer noch wog, daß Arafat-Vize Abu Ijad in Moskau die erneute Bestätigung erhalten hatte, Arafat werde im Kreml weiterhin als PLO-Führer anerkannt. Folglich mußte der auf Moskaus Hilfe angewiesene Assad entgegen

seinen Plänen dafür eintreten, daß die Konflikte in der PLO „auf demokratische Art und Weise“ gelöst würden.

Doch die Zahl von Arafats Anhängern in der Fatah ist klein geworden. Abu Ijad etwa zählt nur noch bedingt zu ihnen. „Wir haben eine kollektive Führung“, sagte er unlängst, „keinen Führer. Lange werde ich meinen Mund nicht mehr halten. Der Tag wird kommen, an dem ich rücksichtslos abrechnen werde.“

Daß Abu Ijad und die anderen PLO-Oberen dennoch nicht wie die Fatah-Meuterer unter ihrem Führer Abu Mus-sa ganz von Arafat abfielen, erklärt ein führender PLO-Funktionär in Europa so: „Unser derzeitiges Hauptziel ist, auf keinen Fall die Figur von Jassir Arafat als Symbol der palästinensischen Revolution anzukratzen.“

Das heißt im Klartext: Arafat soll als Repräsentationsfigur weiter amtieren dürfen. Aber die radikalen Kräfte, für die eine andere als eine kriegerische Nahostlösung nicht einmal des Nachdenkens wert ist, wollen den Ton angeben.

Schon wurde Arafat auch das Ärgste vorgeworfen, was einem PLO-Mann nachgesagt werden kann: ein „Agent der Amerikaner“ zu sein.

JAPAN

Gewaltiger Mut

Tokios Regierungschef will sich als „asiatischer de Gaulle“ profilieren.

Der deutsche Bundeskanzler fand Japans Ministerpräsidenten einfach „zum Weglaufen“:

Beim Weltwirtschaftsgipfel 1979 in Tokio nervte Gastgeber Masayoshi Ohira mit kunstvoll geschachtelten, nichtssagenden Reden seinen deutschen Kolle-

gen derart, daß Helmut Schmidt erwog, vorzeitig abzubrechen.

Japaner allerdings hatten an dem Verhalten ihres Premiers nichts auszusetzen. Denn ihnen gelten verklemmtes Auftreten und quälende Unverbindlichkeit der Sprache, „die andere wütend macht“, wie die Zeitschrift „Sunday Mainichi“ anmerkte; als „Tugend, als Diplomatie bester Tradition“.

Die wäre dann fürs erste vorbei. Denn mit Yasuhiro Nakasone, 65, seit gut einem halben Jahr Regierungschef, zeigt Japan einen Politiker vor, der sich bisherigen Klischees über japanische Politik entzieht. Er liebt die Selbstdarstellung, vor allem auf internationaler Bühne; er liebt es, politisch anzuecken, vor allem, wenn es ihm daheim Pluspunkte zu bringen scheint.

Beides demonstrierte Nakasone beispielhaft Ende Mai, als er in Williamsburg beim Gipfeltreffen seinen ersten Auftritt im Kreis der Großen der Welt hatte.

„Schamlos unjapanisch“, meinte der Kolumnist Hideo Matsuoka, habe sich Nakasone in Williamsburg gebärdet: Die Hände in den Taschen redete „Yasu“ vor TV-Kameras scheinbar ungezwungen mit seinem Freund „Ron“ Reagan.

Aber: „Als Führer einer Wirtschaftsmacht wie Japan“, applaudierte die rechtslastige „Sankei Shimbun“, „muß der Premier die Rolle eines international akzeptablen Staatsmannes ausfüllen.“ Nakasones diplomatischer Stil

möge „eine Schocktherapie sein für die unreife Haltung der japanischen Öffentlichkeit in Sachen Außenpolitik“.

Die meisten Japaner glauben allerdings doch, daß der Premier mehr tue als notwendig, daß er, der ehemalige Marineoffizier, sich zu forsch in Großmachtspolitik versuche. Aber das ist sein Stil.

Nach Williamsburg war Tokios Regierungschef mit der Maßgabe gefahren, entschieden für die „Geschlossenheit des westlichen Lagers“ einzutreten, um „Reagan den Sowjets gegenüber den Rücken zu stärken“.

Und Reagan wußte, daß auf den neuen Mann in Tokio Verlaß ist. Schon im Januar, bei seiner ersten Washington-Visite, hatte Nakasone dem US-Präsidenten versprochen, aus dem bis dato pazifistischen Japan einen „unversenk- baren Flugzeugträger“ zu machen – Nakasone liebt die Terminologie des weiland großjapanischen Kaiserreichs.

Nakasone weiter: Bis 1000 Meilen in den Pazifik hinaus würden Japans Streitkräfte die Seewege der Nation sichern, im Ernstfall gar die sowjetische Fernflotte im Japanischen Meer einschließen. Und ganz im Sinne des amerikanischen Freundes ließ Nakasone den japanischen Verteidigungsetat dieses Jahres um 6,5 Prozent anheben – bei praktisch Nullwachstum aller übrigen Ressorts.

Konsequent nur, daß Nakasone beim Gipfeltreffen in Williamsburg auftrat wie „ein asiatischer de Gaulle, von einem Gedanken nur besessen: der Wiederher-

stellung der japanischen Grandeur“, so der linke Pariser „Matin“.

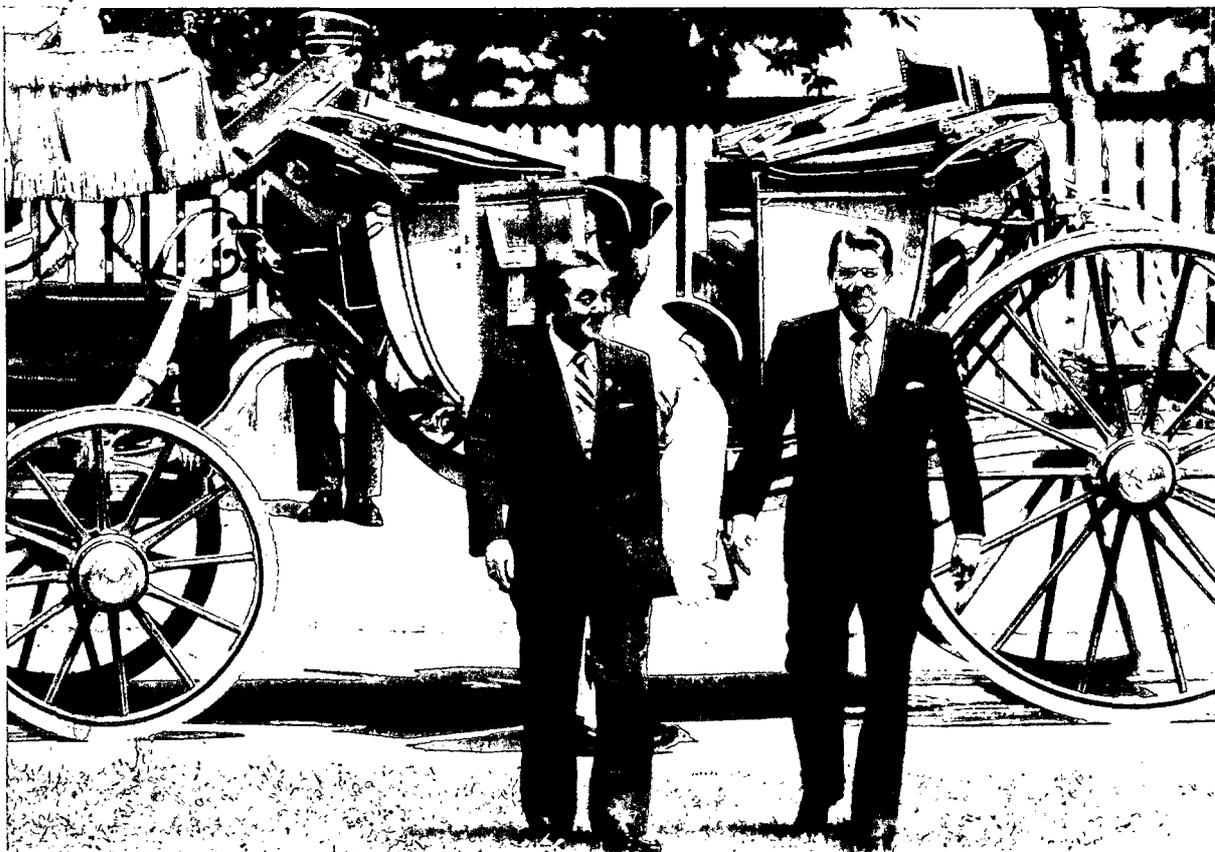
Andere sahen in ihm vor allem einen Erfüllungsgehilfen Reaganscher Militanz. So lobte der für japanische Verhältnisse „ungewöhnlich freimütige Regierungschef aus Tokio“ (ein Konferenzteilnehmer) gleich beim ersten gemeinsamen Dinner des US-Präsidenten „unermüdliche Suche nach Frieden“.

Obschon Japan weitab von der Nato liegt, bekräftigte der Japaner in Williamsburg per Unterschrift den Nato-Doppelbeschluß, durch die Androhung neuer Raketenstellungen im fernen Europa die Sowjet-Union in die Schranken zu weisen. Selbst der konservativen Zeitung „Tokyo Shimbun“ kam der Premier vor „wie ein Sprecher für Reagans Strategie“.

„Sie müssen gewaltigen Mut aufgebracht haben, diese Erklärung zu unterschreiben“, lobten japanische Journalisten Nakasone, aber auch: „Sie müssen doppelten Mut haben, sich dem politischen Aufruhr zu Hause zu stellen.“

Erstmals nämlich hatte Nakasones Alleingang Japan, das bisher mit eher unentschlossen hinhaltenden Regierungen gesegnet war, in eine „kollektive Deklaration zu Sicherheitsfragen“ eingebunden, wie die „New York Times“ erstaunt vermerkte.

Eine kollektive Sicherheitspolitik aber ist Japan per Verfassung verboten, wie sogar der Regierungssprecher einräumte. Deshalb versuchte auch Nakasone –



Japan-Premier Nakasone, Gastgeber Reagan in Williamsburg: „Gute Musik“

„Ich tat, was ich für richtig hielt“ – abzuwiegen, eingedenk der für Ende dieses Monats angesetzten Wahlen zum Tokioter Oberhaus: Sein Beitrag zum Gipfel der Sieben stelle bestenfalls ein „politisches, kein militärisches Bündnis mit der Nato“ dar.

Zum Auftakt des Wahlkampfes, wieder im heimischen Tokio, schlug Nakasone noch stärkere Töne an. Er verlangte „erhöhte Verteidigungsanstrengungen“: „Wenn wir nichts tun, werden wir ein Land wie Finnland, das um die Gnade der Sowjet-Union betteln muß.“

Für Ichio Asukata, Chef der oppositionellen Sozialistischen Partei, ist der Premier seit Williamsburg „unverantwortlich, gefährlich“.

Das gemäßigte Zentrum der buddhistischen Komeito, der „Partei für eine saubere Regierung“, wertete den beispiellosen Kraftakt des Premiers als eine „Abkehr vom Frieden“ und bezichtigte ihn gar, ein „Hehler“ zu sein, Hehler für „Reagans Konfrontationspolitik gegen die Sowjets“.

Selbst „Tokyo Shimbun“, sonst auf Nakasone-Kurs, schauderte: „Es ist, als schüre Japan die antisowjetische Stimmung in Westeuropa.“

Tatsächlich wurde das eh schon frostige Verhältnis zwischen Tokio und dem Kreml noch um einige Grade kälter, als die Nachrichtenagentur „Tass“ Japans Ministerpräsidenten einen „Militaristen im Dienste des Pentagon“ nannte.

An Militaristischem hat Yasuhiro Nakasone tatsächlich Gefallen:

Am 27. Mai, dem Geburtstag des Premiers und auch Jahrestag des japanischen Sieges über die russische Flotte bei Tsushima (1905), ließ Reagan in Washington seinem Tokioter Freund den „Gunkan“-Marsch aufspielen, den japanischen Marsch der „Kriegsschiffe“.

In Japan schallt diese Kriegsweise, in großjapanischer Zeit komponiert, heute bestenfalls noch aus den Lautsprechern der Propagandawagen Ewiggestriger. Nakasone befand, das sei „gute Musik“.

SCHWEIZ

Das Gratis-Reisli

Hohe Beamte ließen sich von einer Atomkraftwerksgesellschaft eine Spanienreise zahlen – darunter die ganze Regierung des Kantons Solothurn und der eidgenössische Finanzminister.

Zum zehnten Geburtstag ihres 970-Megawatt-Meilers in Gösgen im Schweizer Kanton Solothurn, 50 Kilometer südlich von Basel, war den Strom-Managern der „Aare-Tessin AG für Elektrizität“ (Atel) und der „Kernkraftwerk Gösgen AG“ (KKG) etwas Besonderes eingefallen:

Sie luden Prominenz aus Politik und Wirtschaft der Kantone Solothurn, Bern und Zürich am Himmelfahrtswochenende zu einer fünftägigen Ferienfahrt nach Madrid ein – gratis und mit Damen.

Die Idee kam glänzend an: Alle fünf Mitglieder der Kantonsregierung von Solothurn, dazu vier Mitglieder der Zürcher Stadtregierung, ein Regierungsrat plus Chefbeamte aus Bern, ja sogar der (aus dem Kanton Solothurn stammende) eidgenössische Finanzminister, Bundesrat Willi Ritschard samt Ehefrau Greti, meldeten sich zu dem offiziell „Informationsreise“ genannten Ausflug an.

In der spanischen Hauptstadt nahmen die insgesamt 71 AKW-Freunde im Luxushotel „Villa Magna“ Quartier, aßen in den besten Restaurants, erfreuten sich tagsüber an Kunstgenüssen und abends an feuriger Flamenco-Musik.



Solothurner Regierungschef Bürgli (r.): „Informationsreisen sind üblich“

Einziges Pflichtübung auf dem Programm der Jubel-Eidgenossen: Die Herrschaften mußten sich – eine Stunde lang – auf der Baustelle des schon vor seiner Fertigstellung veralteten AKW Trillo die Füße vertreten.

Daß das „Gratis-Reisli“, so die Schweizer Zeitung „Blick“, etwas mit der bevorstehenden Entscheidung über den Bau des umstrittenen Kernkraftwerks in Kaiseraugst, zehn Kilometer östlich von Basel, zu tun gehabt habe, bestreitet der frühere Energieminister Willi Ritschard energisch: „Ich habe nie einen Hehl daraus gemacht, daß ich für den maßvollen Ausbau der Kernenergie bin.“ Aber: „Ich lasse mich von niemandem kaufen.“

Einen Beeinflussungsversuch, der nach Artikel 316 des schweizerischen

* Bei der Entgegennahme einer Tischuhr, die ihm auf der Schweizer Mustermesse in Basel geschenkt wurde.

Strafgesetzbuches mit der Annahme von Geschenken durch Behördenvertreter verbunden sein muß, sieht keiner der Beteiligten in dem Ausflug nach Süden.

Die Untersuchungsrichter des Kantons Solothurn haben eine klarere Optik: Seit Mitte Mai wird wegen Verdachts der Annahme verbotener Geschenke – neben der Spanienreise stehen auch Geldspenden für kulturelle Zwecke durch die deutsche Kraftwerk Union (KWU) zur Debatte – gegen die Solothurner Regierung in corpore ermittelt.

In den anderen betroffenen Kantonen, Bern und Zürich, werden die Bestimmungen großzügiger ausgelegt – wie fast überall in der Schweiz: Die Kleinräumigkeit sowie die enge Verflechtung von Politik und Wirtschaft lassen in der Schweiz einen Privilegien-Filz sprießen,

der andernorts die Gerichte beschäftigen würde.

So sind Gaben und Geschenke bei allerlei Anlässen gang und gäbe: Armbanduhren für Regierungsräte und Journalisten bei der Eröffnung der letzten Schweizer Mustermesse etwa. Wanduhren oder Wappenscheiben sind die beliebtesten Präsenten. Doch die Öffentlichkeit erfährt nur selten davon.

Am buntesten ist die Geschenkpalette im Berner Bundeshaus. Die eidgenössischen Landesväter, zur Wahrung öffentlicher Tugendhaftigkeit verpflichtet, „werden verwöhnt wie früher die Landesfürsten“, stellte kürzlich die „Basler Zeitung“ fest.

Wer die Bürde eines Bundesratsamtes (Ministeriums) auf sich nimmt, wird nämlich nicht nur vergleichsweise fürstlich besoldet – mit rund 250 000 Franken plus Zulagen pro Jahr –, er fährt auch gratis Bahn und Bus, fliegt gratis „Swiss-